Sitzungsvorlage

Nr. 2022/200

Beschlussvorlage**Nachtragshaushalt 2022 - Beschluss über den Erlass einer 1. Nachtragshaushaltssatzung und eines Nachtragsstellenplanes**

Ausschuss Finanzen, Controlling und Personal	21.04.2022	TOP
Kreisausschuss	25.04.2022	TOP
Kreistag	02.05.2022	TOP

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den Nachtragsstellenplan 2022. Eine Inanspruchnahme der zusätzlichen Kreditermächtigungen wird ausschließlich dann erfolgen, wenn und soweit der Ankauf der Liegenschaft Neu Tramm nicht durch zusätzliche Finanzmittel von Bund und Land gedeckt werden kann.

Sachverhalt:

Die als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltssatzung sieht in § 1 eine Änderung der Festsetzungen im Finanzhaushalt und in § 2 eine Veränderung des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahmen vor. Zudem ist im Nachtragshaushaltsplan eine Änderung des Stellenplanes vorgesehen.

Der Änderungsbedarf begründet sich wie folgt:

Veränderung des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahmen**Finanzierung des Ankaufs der Liegenschaft Neu Tramm zur Unterbringung von geflüchteten Kindern**

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg versucht seit längerem, Flüchtlingsunterkünfte zu akquirieren, um die Quote der zugewiesenen Flüchtlinge angemessen erfüllen zu können. Allerdings hat sich in der jüngeren Vergangenheit gezeigt, dass Wohnraum - insbesondere für Transferleistungsempfänger – kaum zur Verfügung steht, obwohl der Landkreis zuletzt dazu übergegangen ist, als Mieter entsprechende Mietverträge abzuschließen. Es wurden mehrfach Zeitungsanzeigen mit Mietgesuchen geschaltet. Die Resonanz war allerdings gering bzw. überhaupt nicht vorhanden.

Im Zusammenwirken mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern wurde eine mehrseitige Liste mit potentiell in Frage kommenden Liegenschaften erstellt. Allerdings waren die Bemühungen, hieraus weiteren Wohnraum zu finden, allesamt ebenfalls nicht erfolgreich.

Dies hat u.a. bereits dazu geführt, dass mit dem Haushalt 2022 Investitionskosten von zwei Millionen EUR für den Bau von Flüchtlingsunterkünften in Modulbauweise mit 10 Wohnungen (zur Unterbringung von ca. 40 Personen) eingeplant wurden. Selbst das Finden eines Grundstückes hierfür gestaltet sich schwierig bis unmöglich.

Aufgrund der Folgen des Krieges in der Ukraine und den daraus erwachsenden Flüchtlingsströmen kann der Landkreis seiner Aufgabe zur Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen nicht mehr nachkommen. Insbesondere ist auch zu erwarten, dass die dem Landkreis bisher auferlegte Quote von 208 Flüchtlingen deutlich erhöht werden wird. Aus diesem Umstand und aufgrund einer Anfrage aus der Stadt Hamburg zur gemeinschaftlichen Unterbringung von Waisenkindern entstand die Idee, die ehemalige Bundeswehrkaserne Neu Tramm, die in der Vergangenheit im Zusammenhang mit den Castortransporten bereits zur Unterbringung von Polizeikräften genutzt wurde, anzukaufen. Dem aktuellen Eigentümer ist sehr daran gelegen, mit dem Landkreis einen entsprechenden Kaufvertrag abzuschließen.

Es bestünde die Möglichkeit in dieser Liegenschaft nahezu sofort 750 Flüchtlingskinder und Betreuungspersonen unterzubringen. Nach dem aktuellen Stand der Kaufpreisverhandlungen liegt der Kaufpreis einschl. Nebenkosten bei 19,0 Mio. EUR.

Mit der Kommunalaufsicht ist der Ankauf vorabgestimmt, die notwendige Kreditgenehmigung wurde bereits in Aussicht gestellt.

Eventuelle zusätzliche Fördermittel von Bund und Land bleiben zunächst unberücksichtigt.

Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt:

Für einen Kredit in Höhe von 19,0 Mio. EUR werden - bei einer Verzinsung von 0,8 % - jährlich anfängliche Zinsen in Höhe von 152.000,- EUR fällig. Hinzu kommen Abschreibungen von ca. 51.000,- EUR pro Jahr.

Des Weiteren fallen in Abhängigkeit der Nutzung laufende Betriebskosten von jährlich mindestens 400.000 EUR an (siehe auch Sitzungsvorlage Nr. 2022/185).

Dementsprechend würde eine zusätzliche Belastung für den Ergebnishaushalt in Höhe von mind. 600.000,- EUR entstehen.

Auswirkungen auf die Liquidität:

Wenn das Darlehn über 40 Jahre getilgt wird, muss pro Jahr zusätzliche Liquidität von 475.000 EUR als Tilgungsbetrag aufgebracht werden. Dies hemmt zum einen den weiteren Abbau der Liquiditätskredite und könnte im Zusammenhang mit den erhöhten Aufwendungen im Ergebnishaushalt dazu führen, dass der Bestand der Liquiditätskredite erneut anwächst.

Auswirkungen auf die Bilanz:

Mit dem Ankauf der Liegenschaft erhöht sich das Sachvermögen auf der Aktivseite der Bilanz. Da allerdings der Ankauf vollumfänglich über Kredite finanziert werden muss, steigen auch die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen. Das Eigenkapital des Landkreises bleibt damit unverändert.

Mit den bisherigen Festsetzungen im Haushaltsplan 2022 hätte sich die investive Verschuldung – eine Aufnahme der Kreditermächtigungen 2021/2022 vorausgesetzt – auf 65,365 Mio. EUR erhöhen können. Mit den jetzt zusätzlich eingestellten Mitteln in Höhe von 19,0 Mio. EUR könnten dieses Schulden – bei vollständiger Inanspruchnahme der Kredite - auf 84,365 Mio. EUR anwachsen (entspricht ca. 1.740,- EUR/Einwohner).

Änderung des Stellenplanes

Der Stellenplan ist nach § 113 Abs. 2 NKomVG Teil des Haushaltsplanes.

Nach § 107 NKomVG enthält der Stellenplan die Stellen der Beamten und der nicht nur vorübergehend Beschäftigten.

Abweichungen sind nach § 107 NKomVG nur zulässig, soweit sie aufgrund gesetzlicher oder tarifrechtlicher Vorschriften zwingend erforderlich sind.

Der Stellenplan kann im Laufe des Haushaltsjahres nur durch einen Nachtragsstellenplan geändert werden.

Gegenüber den Festsetzungen im Haushaltsplan 2022 wächst das Stellenvolumen durch den Nachtragsstellenplan 2022 um 9,56 VZÄ. Hiervon sind 2,0 VZÄ befristet.

Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus einer Personalbemessung im Fachdienst 63 – Bauordnung, Immissionsschutz und Denkmalpflege, einer Stellenmehrung im Fachdienst 57 – Soziales und wirtschaftliche Hilfen aufgrund des Anstiegs der Fälle im Bereich AsylbIG bedingt durch die Ukraine-Krise sowie der Einrichtung von Springerstellen.

Darüber hinaus ergeben sich Stellenmehrungen im Bereich in der Betreuungsstelle im Fachdienst 53 – Gesundheit durch eine Reform des Betreuungsrechts.

Weitere Ausführungen sind den Erläuterungen zum Nachtragsstellenplan zu entnehmen.

Die Stellenmehrungen haben keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis 2022, da Kosten, die im Zusammenhang mit den Stellenbesetzungen stehen, aus dem Gesamtpersonalkostenbudget gedeckt werden können, sofern eine Besetzung schon im Jahr 2022 möglich sein sollte.

Einsparungen ergeben sich aus nicht oder verspätet besetzten Stellen bzw. Einsparungen wegen langfristiger Erkrankungen.

Änderungen an den sonstigen Festsetzungen des Haushaltsplanes sind nicht erforderlich.

Anlagen:

1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2022

Klimawirkung:

Der Nachtragshaushalt verursacht keine direkten negativen Klimawirkungen.

Die Stabsstelle Klimaschutz hat die Klimawirkungsprüfung:

nicht beratend begleitet

beratend begleitet

mitgezeichnet

Finanzielle Auswirkungen:

Für 2022 erhöhte investive Auszahlungen von 19,0 Mio. EUR und eine Kreditaufnahme (Einzahlung für Investitionstätigkeit) in gleicher Höhe. Weitere Auswirkungen für die Folgejahre sind im Sachverhalt beschrieben.